

## Wie sehen die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für die dezentrale Energiewende aus?

In Deutschland werden 2013 so viele **Kohlekraftwerke ans Netz** gehen wie seit 20 Jahren nicht mehr. In Hamburg, Hamm, Karlsruhe, Wilhelmshaven, Karlsruhe, Duisburg und Lünen werden Steinkohleblöcke mit zus. fast 5.300 MW. Dem stehen lediglich Stilllegungen von knapp 1000 MW gegenüber. Die zusätzlichen Kapazitäten kommen auf einen jetzt schon gesättigten Markt. Der Zuwachs an erneuerbarer Energie und der Rückgang des Stromverbrauchs haben die 8 AKW-Abschaltungen im Jahr 2011 bereits heute vollständig kompensiert. 2012 gab es einen Rekordüberschuss an Strom von 23 Milliarden kWh. Das Jahr 2013 geht noch extremer weiter: mit einem Überschuss von 5 Mrd. kWh war der Januar der exportstärkste Monat der Geschichte. Doch der Export wird sich nicht beliebig steigern lassen. Da das nächste AKW erst 2015 vom Netz geht, müsste bei weiterem Ausbau der Ökostromerzeugung in den nächsten Jahren die Kohle zurückgefahren werden.

Doch die Politik zieht völlig andere Konsequenzen: EU-Energiekommissar Oettinger plant ein 32.000 km langes Rohrleitungssystem quer durch Europa, um CO<sub>2</sub>-Abscheidungen aus Kohlekraftwerken zu sammeln und in Böden und im Meer zu verpressen. Kohle bleibt ein wesentliches Standbein der Energiepolitik. Und die Atomkraft ist noch lange nicht besiegt.

Das erfolgreiche EEG, Vorbild für viele Länder, wird zerstört. Für dezentrale Stromerzeugungsanlagen soll rückwirkend die Vergütung gekürzt werden. Den Anlagen werden Abschalter eingebaut, so dass sie jederzeit gedrosselt und abgestellt werden können. Dass die Vergütung für Windenergieanlagen an Land auf 8 ct je kWh abgesenkt und der *Systemdienstleistungs- sowie der Repowering-Bonus* abgeschafft werden sollen, ist gleichbedeutend mit einem nahezu vollständigen Ausbaustopp in den südlichen Bundesländern. Angesichts der Tatsache, dass sich in Baden-Württemberg hunderte von Gemeinden aufgemacht haben, entsprechende Flächennutzungspläne Windkraft aufzustellen (und hierfür viele Millionen Euro aufwenden) ist das grotesk. Dezentrale Energie soll unrentabel werden. Die Einspeisevergütungen werden in Zukunft erst 5-6 Monate nach Fertigstellung der Anlagen ausgezahlt. Auf dieser unsicheren Grundlage werden Investitionen von den Banken nicht mehr vorfinanziert. Das ist das Ende für Neuinvestitionen.

Das EEG soll durch ein Quotenmodell ersetzt werden, was das endgültige Aus der dezentralen Energiewende wäre. Auch schon bestehende Anlagen werden dann unrentabel oder können nicht mehr einspeisen. Genossenschaftliche Projekte sollen finanzrechtlich Groß-Projekten der Kapitalgesellschaften gleichgesetzt werden, mit Mindestanlage von 20.000 € pro Genosse/Investor. Die deutsche, innovative Solarbranche ist am Boden und inzwischen in chinesischer und arabischer Hand.

Die neuen Stromtrassen sollen teuren Offshore- Atom- und Kohlestrom der großen Energiekonzernen den Markt sichern. Rekommunalisierungen von Strom- und Gasnetzen sollen erschwert und verhindert werden. Netze in kommunaler Hand, unter demokratischer Kontrolle der Bürger, wären ein Schutzraum für dezentrale Energieerzeugung. Die Stadt hätte keinen Grund, Photovoltaik und Kraft-Wärme-Kopplungsstrom ihrer Bürger abzustellen. Denn sie verdient über die Steuern an deren Einnahmen. Vor Ort erzeugter und ebenda verbrauchter Strom wird konkurrenzlos preiswert. Um die kommunale Selbstversorgung zu unterbinden, fordern die Kartellämter im Auftrag der Energiewirtschaft die Ausschreibung der Netze und des Netzbetriebs ein, ohne irgendwelche Befugnisse hierfür zu haben.

Ulrich Jochimsen, Barbara Kern